



Gegen die Entmenslichung, Mit/Bürgerschaft leben

Das Manifest für eine Schule und Gesellschaft, die Gemeinschaften erbauen

Die Geschichte – oder besser gesagt: die Geschichten – die individuellen und persönlichen, die kollektiven, nationalen und allgemeinen – lassen uns nicht umhin, uns mit der dunklen Seite des Menschen und der Menschheit auseinanderzusetzen. Mit der Verantwortung, sie anzuerkennen, ins Bewusstsein zu rücken und zu neutralisieren.

■ DIE DARSTELLUNG...

Heute, in unserer Gegenwart, nimmt diese dunkle Seite erneut Gestalt an in der Darstellung des Fremden und vor allem des Migranten als Gefahr und Bedrohung für die Identität, die Sicherheit und die Lebensweise derjenigen, die ihn aufnehmen.

Die Körper und das Leben der Migranten sowie ihr Bild, das gezielt konstruiert wurde, um Ängste zu schüren – vor einer Invasion, dem Terrorismus, der Islamisierung –, werden zunehmend von gewissen politischen Kräften genutzt und manipuliert, um eine grob identitäre, sicherheitsorientierte und fremdenfeindliche Sichtweise zu vertreten: eine Sichtweise, die dazu dient, die öffentliche Meinung von den tatsächlichen Schwierigkeiten, Problemen und Widersprüchen abzulenken. Eine Sichtweise, in der die Besessenheit von der Verteidigung der Grenzen dazu führt, dass Menschen entmenslicht werden und dass alle, die diese Entmenslichung vertreten, auch ein Stück ihrer eigenen Menschlichkeit verlieren.

■ ...UND DIE FAKTEN

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Es gibt keine „Invasion“. Es sind ganze Industriezweige, die Landwirtschaft sowie Familien im Bereich der Altenpflege und der Hausarbeit, die Arbeitskräfte benötigen. Im Übrigen zeigt sich der multikulturelle Charakter unserer Gesellschaft unmittelbar im Alltag, bei den Dienstleistungen, in den sozialen Netzwerken und in den Medien.

Das belegen auch die Sportnachrichten, anhand von jungen Frauen und Männern mit unterschiedlichsten Hautfarben – Töchter und Söhne von Einwanderern oder aus gemischten Ehen, Katholiken, Muslime oder Nichtgläubige –, die auf das Podium steigen, sich in die Trikolore hüllen und ihre italienische Identität ebenso wie ihre Herkunft bestätigen.

■ WAS WIR BRAUCHEN

Was wir wirklich brauchen, sind wirksame Integrations-und Inklusionsmaßnahmen: reguläre Arbeit, Lösungen des Wohnproblems, Sprachunterricht, sozialer Austausch in offenen Gemeinschaften. All dies in einem vorgegebenen Rahmen gemeinsamer Rechte und Pflichten.

Mit anderen Worten: Regularisierungsprozesse, Zugang zur formellen Staatsbürgerschaft und alltägliche Praktiken der Mit/Bürgerschaft, die auf dem Respekt der gemeinsamen Menschlichkeit beruhen.

Erfahrungen wie die des „Spin Time“ in Rom – eine offene Gemeinschaft die gerade jetzt verteidigt und unterstützt werden muss – zeigen, dass die Entscheidung, Gemeinschaften aufzubauen, positive Perspektiven für das gesamte Umfeld eröffnet, auch im Bildungsbereich: Unter den Kindern im schulpflichtigen Alter dieser Gemeinschaft liegt die Schulabbrecherquote bei null.

■ DIE WICHTIGE ROLLE DER SCHULE

Bildungseinrichtungen im Allgemeinen und die Schule im Besonderen spielen eine grundlegende Rolle als Gemeinschaften, die gestalten, handeln und Mit/Bürgerschaft aufbauen.

In den letzten Jahrzehnten sah sich die italienische Schule mit dem multikulturellen Wandel der Gesellschaft konfrontiert. Einerseits hat sie sich um die Aufnahme und Inklusion der NAI (Neuankömmlinge in Italien) gekümmert: Es wurden spezielle Praktiken und Bildungswege eingeführt, Strategien zur Erleichterung des Zugangs gesucht und eine ausgewogene anfängliche Mischung aus spezifischen Bildungswegen und Vollimmersion geschaffen, auch dank des für den Italienischunterricht als Zweitsprache (L2) ausgebildeten Personals. Andererseits und gleichzeitig wurde die interkulturelle Bildung als Bildungshorizont für alle gesehen.

■ EINE GEFÄHRLICHE TRENDWENDE

Es handelt sich um einen Bildungshorizont von außerordentlichem wertemäßigen, pädagogischem und erkenntnistheoretischem Reichtum, der durch die nationalen Leitlinien von 2012 und 2018 gut untermauert wird. Er hat in vielen Fällen dazu beigetragen, einen interkulturellen Ansatz für Lehrpläne und Fächer zu entwickeln, hat zur Anerkennung kultureller Vielfalt und ihrer Wechselwirkungen beigetragen, hat die sprachliche und kulturelle Vermittlung gefördert, die Mehrsprachigkeit aufgewertet und die Beteiligung von Schüler*innen und Eltern auch bei der Bewältigung eventueller interkultureller Konflikte angeregt. Ein wertvoller Schatz an Erfahrungen, Kompetenzen und Leitlinien, festgehalten in den Dokumenten, die von der Beobachtungsstelle für die Integration von Schüler*innen mit Migrationshintergrund erstellt wurden. Diese war in unterschiedlicher Zusammensetzung und unter verschiedenen Bezeichnungen bis 2022 im Bildungsministerium tätig. Seitdem wurde die Beobachtungsstelle nicht mehr eingerichtet.

Anstatt dieses Erbe zu würdigen – und es gegebenenfalls zu aktualisieren und an die heutigen Gegebenheiten anzupassen –, ist in den nationalen Leitlinien von 2025 die Berücksichtigung der

multikulturellen Realität äußerst gering, und die interkulturelle Bildung scheint sich irreführenderweise auf die Notwendigkeit zu beschränken, dass Schüler*innen mit Migrationshintergrund die italienische Sprache und die Geschichte dieses Landes als Voraussetzung für ihre Akzeptanz erlernen, gemäß einer Perspektive von assimilationistischer Art. Es handelt sich um eine regelrechte Trendwende, die das Ergebnis dreier Besessenheiten ist: der identitären, der westlich-zentrierten und der autoritären.

Damit nicht genug, beharrt der Minister darauf, dass Integration lediglich eine Frage des Erlernens der italienischen Sprache als Zweitsprache und der möglichst schnellen Abkehr von der Muttersprache sowie von allen „fremden“ kulturellen Bezugspunkten aus dem familiären Umfeld sei. In einer wiederkehrenden Herabwürdigung der Migranten wird behauptet, dass sich auch im familiären Umfeld etwas ändern müsse: Damit die Kinder das in der Schule Gelernte nicht wieder verlernen, müssten auch die Eltern Italienisch sprechen, und dafür sollen spezielle Kurse angeboten werden.

■ EINE SCHWACH AUSGENUTZTE INSTITUTIONELLE RESSOURCE: DIE „CPIA“

Die Sprache ist zweifellos ein zentrales Instrument für die Teilhabe und Ausübung der Bürgerrechte aller. Gerade deshalb wäre es dringender denn je, die „CPIA“ (Landeszentren für Erwachsenenbildung, die es Südtirol nicht gibt) zu unterstützen und zu stärken, diese schulische Einrichtung, die unter anderem für den Unterricht von Italienisch als Zweitsprache für erwachsene Migranten zuständig ist. Stattdessen handelt es sich um eine Einrichtung, die im Vergleich zum Bedarf dramatisch unterdimensioniert ist: Die Nachfrage der vielen Migranten versinkt in kilometerlangen Wartelisten und bleibt zum Großteil unerfüllt. Doch die Regierung kümmert sich nicht darum.

■ DIE FRAGE DER SPRACHE UND DIE MEHRSPRACHIGKEIT: ITALIENISCH ALS ZWEITSPRACHE ÜBERWINDEN

Die Sprache, an die der Minister denkt, ist ein Instrument der erzwungenen Assimilation: eine Sprache, die aufgezwungen wird, um zu disziplinieren, zu diskriminieren, auszugrenzen und sogar zu bestrafen. Sie wurde als „Sprache der Willkür“ bezeichnet. Eine Sprache, die dem Ziel unterworfen ist, „eine Nation zu schaffen“ oder „Italien zu lehren“, ohne darauf zu achten, „Gemeinschaft zu schaffen“ – und zwar unter Achtung der unterschiedlichen Kulturen, Geschichten und Lebensläufe.

Doch die Sprache kann weder das Kriterium noch der Maßstab für Zugehörigkeit sein. Eine Sprache zu lehren bedeutet, ein Instrument der Teilhabe anzubieten, nicht eine Schwelle festzulegen, die überwunden werden muss, um akzeptiert zu werden.

Der Minister behauptet, wissenschaftliche Studien – welche? – würden belegen, dass die Anwesenheit von zu vielen Gleichaltrigen mit Migrationshintergrund (ein Begriff, dem oft die pauschalere Bezeichnung „Ausländer“ vorgezogen wird) im Klassenzimmer einen Risikofaktor darstelle und das Lernen der einheimischen Schüler*innen beeinträchtige. Doch selbst in den INVALSI-Erhebungen gehören die Schulen in den Regionen mit den höchsten Zuwanderungsquoten zu denen, die die besten Lernergebnisse erzielen.

Wenn der Minister zudem von „Ausländern“ spricht, ist klar, auf wen er sich bezieht: Es ist ein wiederkehrendes Muster der parlamentarischen Mehrheit, das Schreckgespenst der Islamisierung heraufzubeschwören, das in der Schule – und insbesondere in den interkulturellen Projekten vieler Schulen – einen bevorzugten Weg zur Durchsetzung fände.

■ EIN BLICK AUF DIE ERFAHRUNGEN VON SCHULEN MIT EINEM HOHEN ANTEIL AN SCHÜLER*INNEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

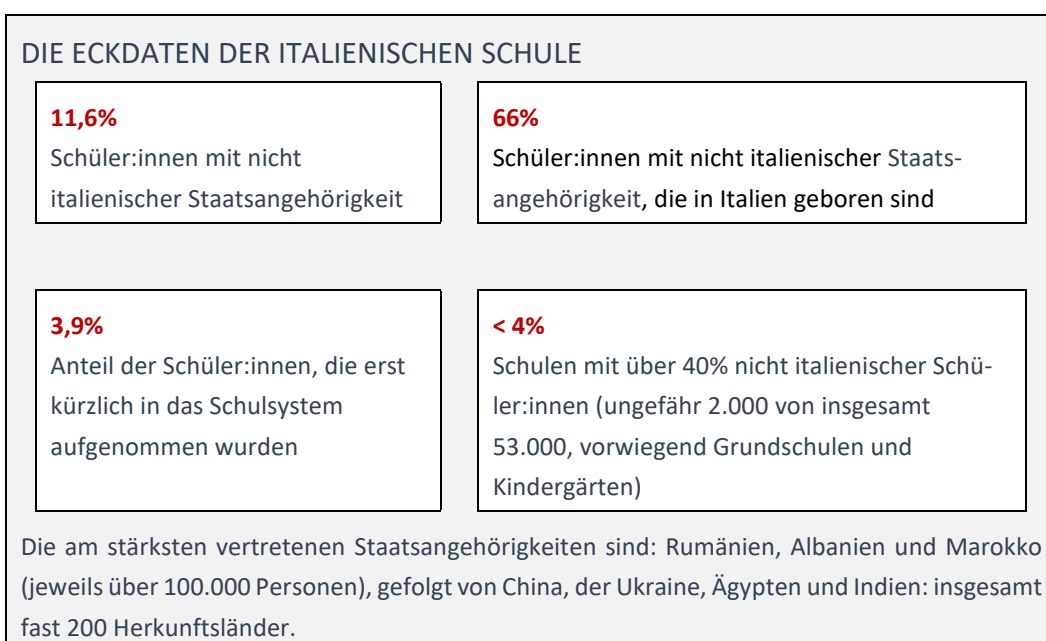
Eine fundierte und maßgebliche Tradition der neurolinguistischen, soziolinguistischen und ethnolinguistischen Forschung belegt genau das Gegenteil: Sie unterstreicht die Bedeutung der Wertschätzung der Muttersprachen und betrachtet Mehrsprachigkeit als einen Zustand, der reich an kognitiven und sozialen Potenzialen ist.

Darüber sind sich die Schulen bestens bewusst, die alltäglich mit diesen Themen konfrontiert sind. Das gilt besonders für Schulen mit einem hohen Anteil an Schüler*innen mit Migrationshintergrund, die Vorreiterrollen eingenommen und exzellente Erfahrungen gesammelt haben – fundiert durch pädagogische sowie didaktische Forschung, Zusammenarbeit und die Stärkung des Gemeinschaftssinns.

■ DIE ZAHLEN DER SCHULE MIT INTELLEKTUELLER EHRlichkeit BETRACHTEN

Es gilt, der Tendenz entgegenzuwirken, diese Themen ideologisch anzugehen – durch Verallgemeinerungen und Verflachungen, mit einer Sprache, die an Hassreden anknüpft und manchmal sogar diese Grenzen überschreitet, sowie durch einen skrupellosen und äußerst ungenauen Umgang mit Zahlen und Kategorisierungen. Ein Beispiel ist die erneut vorgeschlagene A30-Prozent-Regel für „ausländische“ Schüler*innen pro Klasse.

Ein paar Kennzahlen genügen:



Mädchen und Jungen, die hier geboren und aufgewachsen sind, als „Ausländer“ zu bezeichnen und auf dieser Grundlage eine Politik der Grenzwerte und Höchstgrenzen zu entwickeln, ist kein historischer Fehler: Es ist eine politische Entscheidung, die Diskriminierung zur Folge hat.

■ UNSER GEMEINSAMES ENGAGEMENT

Die Unterzeichner dieses Manifests verpflichten sich:

- entschlossen und auf Argumente und Daten gestützt, gegen jede Entscheidung zu kämpfen, die Integration auf Assimilation reduziert, Schüler*innen mit Migrationshintergrund und ihre Familien stigmatisiert und Grenzwerte und Höchstwerte anstelle von Ressourcen und Projekten einführt;
- eine sorgfältige Überwachung der Fakten und eine systematische Faktenprüfung zu gewährleisten und diese den Schulen, den Medien und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen;
- die Autonomie der Schulen in der Planung, Forschung und Entwicklung zu unterstützen und die Lehrfreiheit zu verteidigen;
- den Schulen Gehör zu schenken, ihre Erfahrungen anzuerkennen und die Strategien und Praktiken zu berücksichtigen, die umgesetzt wurden, um das Recht auf Bildung zu gewährleisten, um eventuelle Probleme und Konflikte interkultureller Art zu bewältigen und um ein Wissen zu fördern, das Orientierung und Schlüsselkompetenzen für die Komplexität der Welt, in der wir leben, bietet;
- die Vorstellung von Interkulturalität aus einer klassenspezifischen, geschlechterspezifischen und intersektionalen Perspektive zu bereichern und zu aktualisieren; die Ansätze zur Friedensbildung und zum Dialog zu aktualisieren; über die Dynamiken der Bildung persönlicher und kollektiver Identität im Hinblick auf eine planetarische Identität nachzudenken;
- Netzwerke zwischen verschiedenen Akteuren aufzubauen, die an der Entwicklung offener Gemeinschaften interessiert sind – in kohärenter und systematischer Verbindung mit den Kämpfen für Menschen-, Bürger- und Sozialrechte, für die vollständige Wiederherstellung des Völkerrechts, für den Frieden sowie gegen Souveränismus und neue Autoritarismen;
- die Verbreitung dieses Manifests und seiner Ziele auf dem Territorium, in den Schulen und Gemeinschaften zu fördern.

Unterschreibe die Petition auf: [CHANGE.ORG](https://change.org)

Die Initiative wird unterstützt von:

ACLI

ACTIONAID ITALIA

ARCI

ASSOCIAZIONE Casa Memoria Felicia e Peppino Impastato Ets.

CGD (Coordinamento Genitori Democratici)
CIDI (Centro di Iniziativa Democratica degli Insegnanti)
CRID Centro Ricerche Interculturali e documentazione didattica Italia Cina
EMERGENCY
FLC CGIL
ITALIANI SENZA CITTADINANZA
LEGAMBIENTE Scuola e Formazione
LIBERA. Associazioni, nomi e numeri contro le mafie
LINK Coordinamento Universitario
MCE (Movimento di Cooperazione Educativa)
PROTEO Fare Sapere
RETE DEGLI STUDENTI MEDI
UNIONE DEGLI STUDENTI
UDU (Unione Degli Universitari)

Das Manifest wurde unterschrieben von (in alphabetischer Reihenfolge):

Massimo Baldacci /Dozent an der Universität Urbino
Luca Casarini /Gründer und Aktivist von „Mediterranea Saving Humans“
Daniela Dolci /Vorsitzende der Gesellschaft „Borgo Danilo Dolci“
don Emanuele Ferro /Pfarrer von Taranto Vecchia
Italo Fiorin /Vorsitzender der Hochschule für Weiterbildung EIS (Erziehung zur Begegnung und Solidarität)
Gianna Fracassi /Generalsekretärin der FLC CGIL
Giuliano Franceschini, außerordentlicher Professor für Didaktik und Sonderpädagogik an der Universität Florenz;
Chiara Ingrao /Autorin
Marco Mansi /Sozialgenossenschaft Eteria.
Tomaso Montanari /Rektor der Universität für Ausländer in Siena
Elisabetta Nigris /ordentliche Professorin an der Universität Mailand-Bicocca;
Maria Omodeo /Sprachwissenschaftlerin, Universität Siena
Vinicio Ongini /Essayist und Experte für Interkulturalität
Christian Raimo/Schriftsteller und Lehrer
Francesca Traverso / Schule für Sozialkünste in Genua
Federica Zanetti / Fachbereich Erziehungswissenschaften, Universität Bologna